Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 503

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.46, vierteljährlich Mk. 22.38 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 und von 7 Uhr an Redaktion: 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 0519

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 10. November

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Sonderpreis nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9536. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Deutschlands Aussaugung durch die Entente

Was Deutschland zahlen kann

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

w. Berlin, 9. November.

Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung zu äußern, in welchem Umfange Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund des § 2a des Friedensvertrages geltend gemachten Ansprüchen zu genügen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen für dieser Sitzung entsenden.

w. Genf, 9. November.

„Nouvelliste de Lyon" veröffentlicht eine Pariser Meldung, der es heißt: Die englische Regierung habe darauf hingewiesen, daß das Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von dem Ausgang der Volksabstimmung in Oberschlesien abhängt, daß also die Pariser Konferenz erst nach dieser Abstimmung in der Lage sein werde, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beurteilen. Die französische Regierung habe es jedoch abgelehnt, die Genfer Konferenz so lange hinauszuschieben und im Einverständnis mit Polen eine Beschleunigung der Abstimmung in Oberschlesien empfohlen.

Das „Journal des Debats" glaubt versichern zu können, daß die Abstimmung in Oberschlesien im Januar vorgenommen werde, so daß die Konferenz spätestens Mitte Februar werde zusammentreten können.

w. Paris, 9. November.

Nach einer Meldung aus Brüssel wird die für die Wiedergutmachungsfrage vorgesehene Sachverständigenkommission am 2. November ihre erste Sitzung in Brüssel abhalten.

England für Revision des Versailler Vertrages

th. Berlin, 9. November.

Die englischen Stimmen für eine Hilfeleistung zu Gunsten Deutschlands mehren sich. Es wird in den englischen Zeitungen immer deutlicher gefordert, Deutschland wirtschaftlich entgegenzukommen, weil sonst die Gefahr eines bolschewistischen Deutschlands nicht von der Hand zu weisen sei.

Polens Machtgelüste und Raubpolitik

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die der Ostdienst von unterrichteter Seite erfährt, sind die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gestern ergebnislos abgebrochen worden. Die polnische Regierung hat Vorschläge unterbreitet, zunächst einmal die Wirtschaftsfragen zu behandeln, um möglichst bald zur Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu schreiten. Die deutsche Regierung vertrat demgegenüber den Standpunkt, über wirtschaftspolitische Fragen verhandeln zu wollen und lehnte Vorbesprechungen über die Grundzüge eines künftigen Wirtschaftsabkommens ab. Da der polnische Vertreter erklärte, nicht in der Lage zu sein, über politische Fragen zu verhandeln, mußten die Beziehungen abgebrochen werden. Der polnische Delegierte ist bereits früh nach Warschau abgereist.

Polens Raubgelüste

w. Kowno, 9. November.

Die Entscheidung des Völkerbundes hat Polen tödlich einer vollkommenen Ablehnung Zeligowskys gezeitigt. Trotzdem sendet Warschau dem ausländischen General Weygand nicht nur fortgesetzt Truppen, Munition und Ausrüstung zum Kampfe gegen Litauen, sondern auch viele Millionen Geld zur Organisation einer polnischen Verwaltung und des Plebiszitverfahrens. In Wilna arbeitet ganz öffentlich eine Warschauer politische Regierungskommission mit Zeligowsky zusammen, der sich als Diktator ausgerufen hat und die Mobilisierung von acht Jahrgängen vornimmt. In diesen Tagen sind von Warschau bedeutende Militärtransporte mit Kriegsmaterial und Lebensmittel in Wilna angekommen. Litauen setzt bis zum letzten Mann die Verteidigung gegen die Warschauer Eroberungsgelüste fort, selbst wenn die Hoffnung auf eine gerechte Aktion des Völkerbundes und der Entente in Trümmer fallen sollte.

Polen und die kleine Entente

w. Kopenhagen, 9. November.

Nach einem Telegramm aus Warschau gibt die Zeitung „Kurier Warszawski" folgende Zusammenfassung des Ergebnisses des Besuches von Take Jonescu in Warschau: In polnischen Kreisen begreift man, daß die Verhandlungen bezüglich der Bildung der kleinen Entente zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, da die Beziehungen zwischen Tschecho-Slowakei noch nicht geklärt sind. Bei den politischen Gesprächen wurden auch andere wichtige Fragen erörtert, besonders die Frage eines Bündnisses zwischen Polen und Rumänien, der man in rumänischen Kreisen das größte Interesse entgegenbringt. Die Verhandlungen, die in dieser Richtung in Warschau eingeleitet wurden, sollen in Bukarest fortgesetzt werden.

Die Angst der Bolschewisten

b. Helsingfors, 9. November.

Auf der letzten Vollsitzung des Moskauer Sowjets rechtfertigte der Vorsitzende des Moskauer Verteidigungsausschusses, Dserschinski, die zur Bekämpfung der Gegenrevolution getroffenen Maßregeln. Die Agenten Wrangels hätten ihre Propaganda verstärkt und versuchten die schwere innere Lage und die Ermüdung der Arbeiterschaft für ihre Zwecke auszunutzen. Die Menschewisten widersprächen in schroffer Weise und weigerten sich, an der Abstimmung für die Zustimmungsrevolution teilzunehmen.

Ferner wird gemeldet:

In Moskau ist ein besonderer diktatorischer „Verteidigungsausschuß" gebildet worden, an dessen Spitze der Organisator des Massenterrors, Dserschinski, getreten ist. Die Truppen des Moskauer Bezirks sind diesem Verteidigungsausschuß unterstellt. Die kommunistische Sicherheitswehr ist verstärkt und der Beitritt für alle Mitglieder der Kommunistischen Partei obligatorisch gemacht worden. Eine Reihe besonderer Vorsichts- und Ueberwachungsmaßregeln sind getroffen worden, wie: Verstärkung der Wachtposten und Streifenpatrouillen, verstärkte Ueberwachung der Einwohner durch die sogenannten Hauskomitees, Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Einwohner u. a.

Aus verschiedenen Einzelheiten geht in der Tat hervor, daß die Sowjetregierung mit der Möglichkeit unmittelbar bevorstehender Unruhen rechnet. Alle darüber hinausgegangenen Meldungen sind unverbürgt. Insbesondere ist nichts Sicheres über tatsächlich erfolgte Zusammenstöße in Moskau bekannt. Da die Durchführung der genannten Sicherheitsmaßnahmen schon Mitte Oktober begonnen hat, scheint es, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, auf diese Weise dem Ausbruch der von ihr befürchteten Unruhen vorzubeugen. Es bleibt abzuwarten, wie weit hiermit auch für die Zukunft die Möglichkeit eines gegenrevolutionären Putsches ausgeschaltet ist. Die gesamte wirtschaftliche und politische Lage der Sowjetregierung bleibt im Laufe des kommenden Winters jedenfalls außerordentlich schwer.

Wrangels Front hält

w. Konstantinopel, 9. November.

Eine hiesige russische Agentur meldet: Die Angriffe der roten Truppen in der Gegend von Nowo Alexandrowsk und Sivaß sind abgeholten worden. Die Truppen des Generals Wrangel weichen keinen Schritt zurück. In dem Abschnitt von Perekop sind die roten Truppen nach Nordosten ausgewichen, da sie dem Gegenangriff der Truppen Wrangels nicht standhalten konnten. Abteilungen, die mit Wrangel gemeinsame Sache gemacht haben, haben die roten Truppen bei Alexij angegriffen und eine Infanteriebrigade geschlagen.

Die „Feiern" in Berlin

w. Berlin, 9. November.

Zur Feier des 9. November veranstalteten die S. P. D. und die U. S. P. D. etwa 30 Versammlungen, die aber nur schwach besucht waren. Die Teilnehmer gingen meist nach Anhörung bekannter Führer der Linksparteien ruhig auseinander, so daß das Straßenbild bald wieder sein gewöhnliches Gepräge erhielt. In den Büros der staatlichen und städtischen Behörden herrschte überall voller Dienstbetrieb.

*

Die Verhandlungen zwischen der Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes und der Streikleitung sowie den Organisationsvertretern sind heute abend abgebrochen und werden morgen vormittag 10 Uhr fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert.

Dazu meldet unser Berliner Sondereberichterstatter:

In den unterrichteten Kreisen nimmt man allgemein an, daß der Streik als beigelegt gelten darf und die Arbeit in allen städtischen Betrieben morgen Mittwoch wieder aufgenommen wird. Wie unser Vertreter von seiten der Elektrizitätsarbeiter aber hört, besteht im Augenblick noch keine Aussicht, daß morgen früh auch von den Elektrizitätsarbeitern die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Funktionäre und Vertrauensmänner der Streikenden sind für Mittwoch vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammengerufen worden, in der erst endgültig über Wiederaufnahme der Arbeit oder Fortsetzung des Streiks beschlossen werden wird.

Die Verhandlungen mit den streikenden Gasarbeitern haben insofern ein gutes Ergebnis gehabt, als die ausständigen Tegeler Arbeiter bestimmt morgen wieder zur Arbeit zurückkehren, dagegen beschäftigen die noch ausständigen Gasarbeiter des Gaswerkes Charlottenburg weiter im Streik zu verharren.

Der oberschlesische Hexenkessel

Von der Stärke der polnischen Werbearbeit für die Abstimmung kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß das Korfantysche Agitatorenheer auf 5000 Mann geschätzt wird. Diese Leute sind von ihrem Herrn und Meister eingedrillt und geben sich die erdenklichste Mühe, die oberschlesische und insbesondere die sogenannte wasserpolnische Bevölkerung für das „großmächtige", sollte richtiger heißen: „bankerotte" Polenreich zu gewinnen. Die jämmerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Polens werden natürlich verschwiegen, und bei der Abneigung breiter Arbeiterschichten gegen die Lektüre von Zeitungen, insbesondere auch deutscher Tageszeitungen nimmt die polnische persönliche Agitation in der Tat für das Deutschtum einen gefährlichen Charakter an. Die deutsche Werbung steht, was Intensität betrifft, hinter der polnischen erheblich zurück, was sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit durch die französische Besatzung eingeengt ist. Diese unterstützt die Polen, soweit es irgendwie sich ermöglichen läßt, ohne unmittelbar gegen vertragsmäßige Bestimmungen zu verstoßen, wogegen den Italienern nachgerühmt werden muß, daß sie die Unparteilichkeit gewissenhaft zu wahren bemüht gewesen sind.

Außerordentlich beklagenswert ist die Haltung mancher Kreise der rein deutschen Bevölkerung, die verharmlosen, bagatellisieren, kurz sich nicht leugnen, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung seit dem Verfassungssturz vielfach stiefmütterlich behandelt worden ist, und daß man den besonderen Verhältnissen dieses Gebietsteiles nicht immer gebührend Rechnung getragen hat, so rechtfertigt sich doch daraus keineswegs die Gleichgültigkeit der Deutschen gegenüber der außerordentlich bedeutungsvollen Abstimmung. Man kann da auch von gebildeten Leuten Meinungen hören wie z. B. folgende: „Wir werden auch, wenn Oberschlesien an Polen fallen sollte, doch gute Deutsche und Preußen bleiben und unsere alten geschäftlichen und politischen Beziehungen mit dem alten Vaterlande aufrechterhalten." Damit verleugnet man die Zollgrenze, den starken Gegensatz zwischen Germanen- und Polentum, der es den Deutschen schwerlich reizvoll erscheinen lassen dürfte, mit den abtrünnigen Oberschlesiern gut Freund zu bleiben. Solche Kurzsichtigkeiten könnten sich doch als verhängnisvoll erweisen. Und sollte es etwa darauf abgesehen sein, in Oberschlesien eine Irredenta zu errichten, so wäre mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sie unter der polnischen Gewaltherrschaft einen sehr schweren Stand hätte. Man könnte zehn gegen eins wetten, daß diesen vertrauensseligen Leuten schon nach einem Jahre polnischer Herrschaft die Augen aufgehen würden, wie sie sich an ihren eigensten Lebensinteressen versündigt haben.

Das gilt insbesondere auch von einflußreichen Magnaten Oberschlesiens, die oder deren Vorfahren bis 1870 noch lebhafte Beziehungen zum Habsburger Kaiserreich unterhalten haben. Sie sind durch die verworrene sozialistische Politik der Reichsregierung in ihrem Glauben an Preußen und Deutschland irre geworden. Erblicken sie schon in der weit fortgeschrittenen Sozialpolitik, in der neuzeitlichen Arbeiterverfassung u. a. eine empfindliche Schädigung ihrer Interessen, so hat neuerdings das in Aussicht gestellte Sozialisierungsgesetz dem Faß den Boden ausgeschlagen. Ein ungeeigneterer Zeitpunkt zur Einbringung einer solchen Vorlage wie jetzt vor der Abstimmung über Oberschlesiens künftige Zugehörigkeit konnte wahrlich nicht ausfindig gemacht werden. Wie schon früher betont wurde, begegnet sie auch in Arbeiterkreisen und namentlich bei den oberschlesischen Bergleuten schärfstem Widerspruch. Sicherlich könnte noch manches gewonnen werden, wenn bis zum Abstimmungstermin die Sozialisierungsvorlage von der Bildfläche verschwände und die „Berliner Regierung" den oberschlesischen Verhältnissen eine besonders pflegliche Behandlung zuteil werden ließe. Auf das Versprechen der Autonomie darf sie sich dabei aber nicht beschränken; eine solche stellen auch die polnischen Agitatoren in Aussicht, ohne sich im mindesten darum zu kümmern, was von den Versprechungen seitens der Warschauer Regierung eingelöst werden wird. Für alle Kenner der polnischen Gewaltherrschaft muß es als ausgeschlossen angesehen werden, daß die Polen Oberschlesien selbständig machen werden. Eindruck könnte die deutsche und auch preußische Regierung auf die Oberschlesier machen durch eine entschlossene, kraftvolle Verwaltung, was allerdings wohl so lange unmöglich erscheint, wie an der Spitze der wichtigsten preußischen Ministerien Männer stehen, die der Parlamentarisierung und Sozialdemokratisierung unserer Verwaltung ihre einflußreichen Stellungen verdanken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011101-16/fragment/page=0001

Flüchtlingsfürsorge und Entwaffnung

Beratungen des Hauptausschusses des Reichstages.

Angenommen werden des weiteren folgende Titel des außerordentlichen Haushalts des Reichsministeriums des Innern:

Für Gehälter, Hinterbliebenenbezüge sowie Teuerungszuschläge der elsaß-lothringischen Beamten	36 372 240
für Verdrängungsbeihilfen, Unterstützungen und Vorschüsse sowie Kursverluste der genannten Beamten	3 200 000
für Gebühren der Zwangsverwalter und Liquidatoren aus Anlaß der Abwicklung der Liquidation des feindlichen Vermögens . .	850 000
für Evakuierte	400 000
für Kursverluste der in Elsaß-Lothringen zurückgebliebenen Beamten	2 500 000
und für Kosten des Abtransportes der Mobilien der verdrängten Elsaß-Lothringer . .	25 000 000

Zur sonstigen Fürsorgetätigkeit für die aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen erklärt ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern, die Zahl der aus Elsaß-Lothringen Vertriebenen betrage 111 000. Der Abbau der unproduktiven Fürsorge werde angestrebt.

Abg. Hoch (Soz.) ist der Ansicht, daß sich die Tätigkeit des Roten Kreuzes nicht gut bewährt habe.

Ministerialdirektor Goeth vom Reichsministerium des Innern schätzt die Zahl der aus Elsaß-Lothringen ausgewiesenen oder ausgewanderten Beamten auf rund 6000. Die für die Beamtenfürsorge beantragten Bewilligungen seien mit Rücksicht auf die Teuerungsverhältnisse zu belassen. Bezüglich des Abtransports des deutschen Mobiliars führt Legationsrat Jenner aus, daß nach anfänglichen Hemmungen, die in ungewöhnlichen Anordnungen der französischen Sequesterbehörden ihren Grund hatten und nunmehr durch erfolgreiche Verhandlungen beseitigt sind, der Möbelabtransport eine starke regelmäßige Steigerung aufweise. Rund ein Drittel aller Haushaltungen sei bereits abtransportiert. 70 Prozent der Ausfuhranträge seien den französischen Behörden zur Entscheidung übergeben. Die Regierung hoffe, in ungefähr sechs Monaten den Abtransport — abgesehen von der Verrechnungsfrage — abschließen zu können. Der Abbau der unproduktiven Fürsorgeausgaben für elsaß-lothringische Vertriebene vollziehe sich entsprechend den Auswirkungen der Entschädigungsmaßnahmen und der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung. Für letzteren Zweck seien 20 Millionen Mark im Etat vorgesehen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Reichert (Deutschnat.) gibt der Regierungsvertreter Auskunft über die Art und Weise, in der die Fürsorgetätigkeit des Roten Kreuzes überwacht wird. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge sei zu beklagen, daß die im Gesetz betreffend den Wohnungsmangel vorgesehene Bevorzugung der Flüchtlinge vor anderen Wohnungsuchenden vielfach von den Wohnungsämtern nicht beachtet werde. Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt habe an die Wohnungsbehörden einen Erlaß gerichtet, welcher der Notlage der Flüchtlinge in warmherziger Weise Rechnung trage. Das Reichsarbeitsministerium und das Reichsministerium des Innern haben die Regierungen der einzelnen Länder um ähnliche Anweisungen ersucht.

Dr. Breitscheid (U. S. P.) fragt nach dem Standpunkt der Entwaffnungsfrage.

Der Entwaffnungskommissar Dr. Peters gibt bekannt, daß bisher 12214 Maschinengewehre und 1824137 Gewehre abgeliefert resp. angemeldet und erfaßt worden seien.

Dr. Pachnicke (Dem.) sieht nach diesen Ziffern das Ergebnis der Entwaffnungsaktion als günstig an.

[illegible] sich gegen die Unter-

Nach vertraulichen Ausführungen, an denen sich Schultz-Bromberg (Deutschnat.), Dr. Curtius (D. Vp.), Hoch, (Soz.) und Dr. Rosenfeld (U. S. P.) beteiligen, erklärte Staatssekretär Peters, daß die Entwaffnungsaktion durchaus günstig zu beurteilen sei. Auf etwa 120 deutsche Einwohner käme ein eingebrachtes Gewehr.

Hierauf wird der Titel zur Durchführung des Gesetzes über die Entwaffnung mit 200 Millionen Mark angenommen.

Abg. Helfferich (Deutschnat.) bemerkt, daß die Entente nach Mitteilungen der ausländischen Presse auf der Auslieferung von 810000 Milchkühen bestehe. Die Durchführung bedeute den Tod ungezählter deutscher Kinder. Weiter fragt Redner nach der Herausgabe von Aktien usw., welche die Entente nach dem Friedensvertrage binnen sechs Monate nach Friedensschluß von uns verlangen könne, sowie nach der Ausschaltung der Entschädigung für diese Werte und für die Auslandswerte überhaupt.

Ministerialdirektor v. Simson (Auswärtiges Amt) antwortet, daß bezüglich der Frage der Aktien und anderen Wertpapieren die Stellungnahme der ehemaligen Gegner Deutschlands nicht einheitlich sei. Zum Teil schwebten hierüber noch Verhandlungen. Soweit eine tatsächliche Abgabe von Aktien usw. etwa stattfinden würde, seien die deutschen Besitzer nach Maßgabe des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage zur Entschädigung berechtigt. Was die Milchkühe angehe, so müsse nochmals betont werden, daß die Ziffer 810 000 die Endsumme der in die vorläufigen Listen der Entente aufgenommenen Kühe bedeute.

Eine amtliche Mitteilung darüber, daß auf der Lieferung dieser 810 000 Milchkühe unter allen Umständen bestanden werde, liege bisher nicht vor. Ebenso mit über die anderen in den Listen verzeichneten Gegenstände würden nähere Verhandlungen noch erforderlich sein. Von deutscher Seite könne nur immer wieder hervorgehoben werden, daß es eine ungeheure Härte bedeuten würde, wenn bei der gegenwärtigen Lage der Milch- und Fettversorgung diese Forderung aufrechterhalten bliebe.

Abg. Freiherr v. Lersner (D. Vp.) hält es für selbstverständlich, daß bei Beratung der vorliegenden phantastischen Summen, welche die Ausführung des Friedensvertrages von uns fordere, die Redner aller Parteien gerade nach den meisterhaften Reden des Grafen Westarp und Dernburgs über den Vertrag von Versailles die Forderung der Revision des Friedensvertrages in aller Deutlichkeit erheben. Nur das ständige Betonen und Wiederholen schafft die Atmosphäre die nötig ist, um die Revision des Vertrages von Versailles auf friedlichem Wege zu erreichen. Man möge an Lord Northcliff denken, der es fertig gebracht hätte, daß trotz Sudomlinow-Prozeß und den belgischen Archiven die Welt fälschlicherweise an Deutschlands Kriegsschuld geglaubt habe. Redner sei, seitdem er in der Oeffentlichkeit rede, immer wieder dafür eingetreten, daß alle Parteien die Revisionsforderung erheben, und er wiederhole diese Bitte hier, denn die Revisionsforderung stehe doch über allen Parteien.

Es folgt die Beratung über den ordentlichen Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Nach kurzer Einleitung des Referenten Döbrich (D. Vp.) äußert sich der Korreferent Robert Schmidt (Soz.) ausführlich über die Gefahren und Schwierigkeiten, die der Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln im kommenden Wirtschaftsjahre entgegenstehen. Durch die Freigabe der Einfuhr sei die technische Durchführung der Rationierung außerordentlich erschwert. Ein großer Uebelstand sei der Schmuggel an der Grenze. Ein Teil unserer schlechten Valutaverhältnisse wäre darauf zurückzuführen. Viele Waren werden aus dem Saargebiet nach Frankreich geschmuggelt. Auch an der holländischen Grenze herrschen unerträgliche Zustände.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt. Ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. S. P.), die Sitzung wegen des morgigen Gedenktages der Revolution auszusetzen, wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die Kabinettsbildung in Belgien

w. Brüssel, 9. November.

König Albert hat den ehemaligen Justizminister Carton de Wiart beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden. Wiart soll eine Bedenkzeit erbeten haben.

Blutige Zusammenstöße in Italien

w. Mailand, 9. November.

[illegible] es hier zu ein Redakteur des „Secolo" sowie der Rechtsanwalt Karlo Rosse getötet. Als die Menge vor dem Gebäude der „Associazione Liberte" die Landesfahne herunterzureißen versuchte, kam es auch dort zu Zusammenstößen, wobei es einen Toten und viele Verwundete gab. Auch in Florenz kam es zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf zwei Personen getötet und viele verwundet wurden.

Amerikas Steuern

w. London, 9. November.

Die „Times" meldet aus Newyork: Das Finanzministerium teilte mit, das amerikanische Volk müßte noch während mindestens dreier Jahre die aus dem Kriege entstandenen Steuern in Höhe von jährlich einer Milliarde Pfund Sterling zahlen. Eine beträchtliche Erhöhung der Einkommensteuer werde für notwendig erachtet, und werde die Frage besprochen, wie weit der neu-republikanische Kongreß eine höhere Einfuhr der Zölle verlangen werde.

Was der englische Streik kostete

w. Amsterdam, 9. November.

„Telegraaf" meldet aus London: Der Minister für Bergbau erklärte, der letzte Streik der englischen Bergarbeiter bedeutet einen Kohlenverlust von 18 bis 14 Millionen Tonnen und einen Lohnverlust für die Bergarbeiter von 14 bis 15 Millionen Pfund Sterling.

„Telegraf" meldet aus London: 80000 organisierte Postbeamte werden abstimmen, ob ihre Gewerkschaften die Streikwaffe gebrauchen sollen.

Die Lasten der Besatzung

Mehr als 15½ Milliarden im Jahr.

Im Etat des Reichsschatzministeriums finden sich unter dem Kapitel „Ausführung des Friedensvertrages" 20 Millionen für den „Hohen Ausschuß", die aber auf Verlangen des Reichsfinanzministers inzwischen bereits von der Kommission auf 40 Millionen erhöht worden sind, und für die „Unterhaltung der alliierten und assoziierten Besatzungstruppen in den Rheinlanden" 15 Milliarden. In der Anlage wird dieser Ansatz wie folgt berechnet:

Für Unterhaltung der Besatzungstruppen sind bis Ende August 1920 in bar geleistet worden 2 813 067 808 M., in Verpflegung und Futtermitteln 123 394 960 M. Die Kosten für Quartier- und Requisitions-Entschädigungen betrugen bis Ende März 1 121 331 268 M.; da die Entschädigungen erst vom März 1920 anerkannt sind, muß mit der Summe von voraussichtlich 5,6 Milliarden gerechnet werden. Für denselben Zwecke ist für das ganze Jahr 1920 der Betrag von 6 Milliarden in Rechnung gestellt, so daß sich die genannte Gesamtsumme von 15 Milliarden ergibt.

Dazu treten aber noch für Grundstückserwerbungen, Neubauten und Umbauten anläßlich der Unterbringung der Besatzung 446 Millionen, nämlich 3 Millionen für eine neue Kaserne in Ludwigshafen, 378 Millionen für Erbauung und Ausstattung von Offiziers- und Beamtenwohnungen, 60 Millionen für sonstige Bauvorhaben, 17 Millionen für Instandhaltung der von den Besatzungstruppen benutzten Grundstücke und Beschaulichkeiten, 34,5 Millionen für Beschaffung und Erhaltung von Einrichtungsgegenständen und 18 Millionen für Betriebskosten (Heizung, Beleuchtung, kleinere Wirtschaftsbedürfnisse usw.), so daß also im ganzen schon jetzt die Summe von 15,5 Milliarden überschritten ist.

Die „Frankf. Ztg." macht darauf aufmerksam, daß der Etat nahezu das vierfache an Zuschüssen erfordert, wie die gesamte Landwacht des Deutschen Reiches, daß zu den Lasten der ruinierten Deutschlands auch die Angorakatze einer französischen Generalstochter, der Teppich eines französischen Leutnants, der auf 80 000 Mark zu stehen komme, und die Villa eines amerikanischen Kommissionsmitgliedes gehören, die monatlich 50—60 000 Mark Miete kosten solle. Das alles sind Mitteilungen, die wir im Hauptausschuß hörte. Der Minister des Auswärtigen hat allerdings angekündigt, daß man sich in Genf auch über die Einzelheiten unterhalten wird.

Die Sozialisierungs-Interpellation. Wie unser Sonderbericht erstatter von zuverlässiger Seite erfährt, wird die sozialdemokratische Interpellation über Sozialisierung des Bergbaus am 18. November im Reichstag noch nicht besprochen werden, da das Reichskabinett in dieser Frage noch wichtige Beschlüsse in nächster Zeit fassen will. Die Sozialdemokraten haben angekündigt, daß sie eine befriedigende Antwort sie zur Einbringung [illegible]. Ein solcher Antrag wäre dem Zentrum höchst unangenehm [illegible] es wird ihn auf jeden Fall verhindern. Im Zusammenhang mit dieser Meldung sind Gerüchte über Rücktrittsgedanken Fehrenbachs laut geworden.

Die Einkommensteuernovelle, die eine Doppelbesteuerung des Einkommen für 1920 vermeiden soll, wird dem Reichstage in allernächster Zeit zugehen.

Eine sechsköpfige Räuberbande hielt am Montag abend Treptow von Postwagen an und zwang den Postillon und den Begleiter, abzusteigen. Zwei Mann hielten die beiden fest, während die übrigen mit dem Wagen in den Wald fuhren. Als den Wagen dort ausgeraubt wollten, wurden sie durch Nachbarn überrascht. Die Räuber ergriffen hierauf ohne Beute die Flucht.

Silberschieber. Vor der Zweibrückener Strafkammer hatten sich 10 Silberschieber zu verantworten. Die gekaufte Ware, handelte sich oft um Beträge von über 50 000 Mark in Silber, wurde nach Saarbrücken geschafft. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre und Geldstrafen von 3000 bis 100 000 Mark verurteilt.

Anna Nissens Traum

61 Roman von Margarete Böhme.

(Nachdruck verboten.)

Mit Herzklopfen vernahm sie die raschen Schritte ihres Mannes auf dem Flur.

„Anneline! Frauchen, so spät und ganz allein", rief er; „das ist nicht recht von dir, mich so zu überrumpeln! Ganz allein um diese Zeit von der Bahn herzukommen — —."

„Ich wollte dich überraschen. Ich hatte Sehnsucht nach dir", sagte Anneline und zitterte doch vor Aufregung, daß er ihre Komödie durchschaute, oder daß Fi's geplaudert hätte. Helmut half ihr den Mantel ablegen und führte sie in das hellerleuchtete Atelier. Er trug sein Hausjackett und war scheinbar in sehr aufgeräumter Stimmung.

„Armer Schatz, du bist ja ganz verfroren", plauderte er, ihre Hand fassend; „Fips soll dir Tee kochen. Eigentlich müßte ich sehr böse mit dir sein, daß du so spät ohne jedes Avis ankommst. Du hättest doch depeschieren können. Denk mal, wenn du mich nun nicht einmal daheim gefunden hättest. Dann wärst du natürlich wieder böse gewesen, und ich hätte doch wirklich nichts dafür gekonnt — — — nicht wahr, dann hätte mein Frauchen sich wieder sehr gekränkt gefühlt."

„Das käme darauf an", erwiderte Anneline etwas doppelsinnig; die überstürzende Hast, mit der Helmut allerlei unwesentliches Zeug auf sie einredete, berührte sie unangenehm seiner Herzlichkeit nicht angenehm. Er wußte, daß sie vom Begräbnisse ihres Vaters kam, und konnte sich folglich denken, daß ihr Kopf nicht nach flüchtigem, nichtssagendem Geständel stand. Das war auch sonst gar nicht seine Manier . . . . Anneline begann zu begreifen, daß er nur drauflos plauderte, um seine Verlegenheit zu verbergen.

„Was hast du denn mittlerweile eigentlich angestellt?"

„Ich — ich habe mich in Sehnsucht nach dir verzehrt —" lachte Helmut, „und nebenbei habe ich wieder an deinem Bilde gemalt, aber es ging doch nicht recht voran, ich mußte dich erst wieder in persona vor mir haben . . ."

„Sonst hast du nichts gearbeitet . . .?"

„Nein, ich war faul."

„Ist Frau Andersens Porträt fertig?"

„Das war schon vor vierzehn Tagen fertig."

„Du hast gar nichts davon gesagt —."

„Nein. Ich dachte, du interessierst dich nicht dafür."

Eine kleine Pause entstand. Annelinens Augen verfolgten die Lichtreflexe, die über den bunten Teppich huschten; ein heftiger Unmut arbeitete in ihr und spitzte sich mit jeder vorschreitenden Minute mehr und mehr zu einer zornigen Erbitterung. Kein Zweifel! Helmut wollte ihr die Berliner Reise verheimlichen, und nicht genug damit, er versuchte sie anzulügen; denn in Wahrheit hatte er, wie sie genau wußte, keinen Pinselstrich an ihrem Porträt gemacht. Das helle Gaslicht fiel voll und klar auf ihr weiches Gesicht, in dem Augen und Mund wie schwarze Schatten wirkten.

„Ich dachte nicht, dich zu Haus zu finden —."

„Ich hatte wohl eine Ahnung, daß du kommen würdest, sonst wäre ich sicher ausgegangen . . ."

Anneline sprang auf. „Du lügst, Helmut," rief sie, außer sich; „das ist nicht zum Anhören. Weshalb lügst du mich an?! Du bist weder zu Haus gewesen, noch hast du an meinem Porträt gemalt. Ich kam schon gestern nach Haus und hörte, daß du nach Berlin warst, und wollte bloß mal sehen, was du sagst, wenn ich komme. Aber du lügst, weil du ein schlechtes Gewissen und in Wirklichkeit etwas zu verheimlichen hast —."

„Nein, weil ich eine Szene vermeiden wollte," — Helmut blieb mitten im Zimmer stehen; eine jähe Veränderung ging durch seine Züge. „Ich möchte wissen, wie du mir in die Augen gesprungen wärst, wenn ich dich mit der Mitteilung, daß ich eben von Berlin komme, empfangen hätte. Du bist ja wie ein unvernünftiges Kind; mit dir ist überhaupt nicht zu reden —."

„Ja, ja, du fürchtest dich, mir zu sagen, daß du Frau Andersens Bild zur Ausstellung bringst, anstatt, wie du versprochen —."

„Fürchten? Nein, Gott sei Dank, so weit sind wir doch noch nicht gekommen, daß ich mich vor dir fürchte . . ."

„Dann hättest du mir es schon längst sagen können . . ."

„Ich bin erst in den letzten Tagen zu einem definitiven Entschluß gekommen, nachdem mir von sachverständiger Seite das Bild als eine wirklich vollkommene Leistung anerkannt wurde."

„Kein Wunder! Bei der Liebe, mit der du dich der Ausführung des Porträts unterzogst . . ."

„Ja gewiß, ich habe mit Liebe daran gearbeitet, weil ich bei meinem Schaffen freundliche Augen sah und angenehme Eindrücke in mich aufnahm. Hier zu Hause ist mir diesen Winter durch dein unleidliches Wesen alle Freude an Arbeiten verdorben . . ."

„Sag's doch gerade heraus, daß ich dich am Arbeiten hindere, und daß du gern von mir befreit wärest. — Wo bin ich dir überhaupt denn noch? Ein Ballast, ein Aergernis . . ."

„Ein unverständiges, dummes Kind bist du," rief Helmut. „Es ist wahrhaftig zu dumm, mich mit dir herumzustreiten. Du meinst, du könntest mit deinem Trotzkopf durch die Wand rennen. Du hast keine Ahnung von den Pflichten, den Aufgaben und der Stellung einer Künstlergattin —."

„Ei, da ist es doch besser, wir trennen uns. Ich gehe —."

„Nein, du sollst nicht gehen; ich gehe. So kann es nicht bleiben. Wenn es noch einige Monate so weitergeht, ist die Sache so verfahren, daß sie nie mehr zurechtkommt. Ich mache eine Studienreise, und du bleibst unterdessen hier. Es soll dir an nichts fehlen. In der Zeit deines Alleinseins wirst du vielleicht über dein Unrecht nachdenken. Ein solches Hundeleben ist wirklich nicht mehr auszuhalten —."

„Ich werde hierbleiben und warten, bis es dem Herrn gefällig ist, wieder herzukommen!" Dankte . . ." schrie Anneline und stürzte auf ihr Porträt zu. Ehe Helmut es hindern konnte, hatte sie es herabgerissen und bearbeitete es mit den Füßen. „Keinen Strich sollst du mehr an meinem verhaßten Bild malen . . . Geh' zu deiner liebenswürdigen, schönen, engelgleichen Heloise."

Statt der Antwort verließ Helmut das Atelier. Nach einer Minute ging die Vorsaaltür. Anneline war mit ihrem Zorn allein. Sie hörte, wie ihr Mann draußen die Treppe hinabging. Es war nach Mitternacht . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011101-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 10. November.

Sozialisierungskommission zur Kommunalisierung

Die Sozialisierungskommission hat den im Reichsinnenministerium ausgearbeiteten „Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben" beraten. Sie kam zu dem Ergebnis gekommen, daß der Entwurf des Reichsministeriums die Kommunalisierung nicht in wünschenswerter Nähe ermögliche und hat in Anlehnung an das Preußische einen Gegenentwurf ausgearbeitet. Die Begründung der einzelnen Abänderungsvorschläge der Kommission bringt von Anmerkungen zu den Gesetzentwürfen wiederum Abstand. Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Entwurf und dem Gegenentwurf sind:

Nach dem Regierungsentwurf dürfen die Gemeinden grundsätzlich ohne die Genehmigung der Reichsregierung kommunalisieren. Eine Ausnahme bilden nur diejenigen Wirtschaftszweige, in denen sich der Gemeindebetrieb schon vor dem Kriege bewährt hat (Straßenbahnen, Wasser- und Gasversorgung, Bestattungswesen, Anschlagswesen und ähnliche). Der Gegenentwurf stellt das Recht der Gemeinde zur selbständigen Kommunalisierung in den Vordergrund. Die Freiliste ist wesentlich erweitert. Insbesondere sollen ohne Genehmigung die Erzeugung, Beschaffung, Verarbeitung und den Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie die Beschaffung und Lagerung und den Vertrieb von Brennstoffen kommunalisieren dürfen.

Nach dem Regierungsentwurf kann die Reichsregierung über die Genehmigungen zuständig und darf jede Kommunalisierung untersagen. Nach dem Gegenentwurf kann die Reichsregierung die Freiliste generell erweitern. Für Einzelgenehmigungen über die Freiliste hinaus sind die Landesregierungen zuständig. Von der Kommunalisierung ausgeschlossen sind unter anderem Unternehmungen zur Herstellung und Vertrieb von Druckfarben, Farben usw.

Nach dem Regierungsentwurf sollen die Verwaltungsgerichte über die Zweckmäßigkeit der gemeindlichen Kommunalisierung die Zulässigkeit urteilen. Nach dem Gegenentwurf haben die Verwaltungsgerichte lediglich die Fragen der Gesetzmäßigkeit, der verfassungsmäßigen Zustandekommens und der einwandfreien Form der Gemeindebeschlüsse zu prüfen.

Die Sozialisierungskommission vertritt den Standpunkt: die Kommunalisierung ist Sache der Kommunen. Sie befürchtet bereits, daß Mißgriffe und Mißerfolge einzelner Gemeinden leicht möglich seien. Aber sie hält den Ausweg, den die Regierung vorschlägt — kleine Freiliste, starke Einwirkung der Verwaltungsgerichte — für unzweckmäßig. Wohl würden durch die im Reichsgesetz vorgesehenen Sicherungen einige verfehlte Kommunalisierungen verhindert werden können, aber zugleich würden zahlreiche erwünschte Kommunalisierungen außerordentlich verzögert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Es sei z. B. die Frage, ob die Lebensmittelversorgung kommunalisiert werden darf, von so grundsätzlicher Bedeutung, daß sie nach Meinung der Sozialisierungskommission im Gesetz und nicht durch die Reichsregierung entschieden werden solle. Für Einzelentscheidungen außerhalb der Freiliste halte die Sozialisierungskommission die Landesregierungen für geeignet zu sehen, da nur diese über die geeigneten Organe zur Prüfung der gemeindlichen Kommunalisierungsanträge verfügen. Die Kommission bezweifelt nicht, daß nach ihren Vorschlägen die Kommunalisierung größere Unterschiede von Gemeinden zu verzeichnen wird. Sie erblickt aber in dieser Mannigfaltigkeit keine Nachteil.

— **Ein Mißtrauensvotum für die hiesige Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.** Die Spaltung der U. S. P. geht auch in Halle immer weitere Kreise nach sich. So kam es in der letzten Mitgliederversammlung des hiesigen Metallarbeiterverbandes, in der die Gegner der S. P. Internationale vertreten sind, niedergeschlagen wurden, mit überwiegender Mehrheit folgende Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt: „Die große Mehrheit der Hallenschen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat das Vertrauen zu seinen gewählten Leitern verloren und kann sie im Bestrebungen des Proletariats nicht mehr als seine Führer betrachten." Die Neuwahl der Ortsverwaltung soll indessen erst in der Generalversammlung im Dezember vorgenommen werden. Man ging im Sinne der Radikalen ausfallen wird, unterliegt einem Zweifel. Von einem Genossen wurde u. a. die Erhöhung der Streikgelder gefordert!

— **Von der städtischen Straßenbahn.** In der Burgstraße, Gartenstraße und Mühlweg muß am Mittwoch, Donnerstag und Freitag wegen Gleisarbeiten umgesteigen werden.

— **Entwürfe für ein Hallesches Volkshaus.** Der auf den 15. November 1920 festgesetzte Termin zur Einreichung der Entwürfe für den „Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Volkshaus" wird auf Wunsch der hiesigen Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten und des Halleschen Künstlerrates bis zum 2. März 1921 verlegt.

— **Steuerberatungsstellen.** Der Städtetag hat beim Reichsfinanzministerium beantragt, im Zusammenhang mit dem für 1. April 1920 Steuerreform geschaffenen besonderen Verwaltungsrecht die Einrichtung von Steuerberatungsstellen in Erwägung zu ziehen. Begründet wird dieser Antrag damit, daß sich die meisten Steuerpflichtigen mit unübersichtlichen Verhältnissen verbunden ist, sich in der neuen Steuergesetzgebung zurecht zu finden. Die gemeindlichen Steuerberatungsstellen können aber keine Auskunft schon wegen der damit verbundenen Verantwortlichkeit kaum übernehmen.

— **Zahlung von Zuschlägen bei Lieferung von Gerste auf Bezugsscheine.** Die Gerstenverteilungsstelle G. m. b. H. Berlin, ihre Zweigstellen, Kommissionäre und Aufkäufer sind auf Grund der Verordnung gemäß § 4 Satz 2 der Verordnung über Preise für Gerste aus der Ernte 1920 vom 14. Juli 1920 (R. G.-Bl. S. 1456) ermächtigt, bis zu 50 Mark als Qualitätszuschlag für die Zonne Gerste dem verkaufenden Landwirte über die in der genannten Verordnung festgesetzten Höchstpreise hinaus zu zahlen. Da der Zuschlag nur bei besonderer Beschaffenheit der Gerste gezahlt werden soll, besteht ein Anspruch des Gerste verkaufenden Landwirts auf Zahlung dieses Zuschlags nicht.

— **Bitte für die Bedürftigen.** Die bereits 4½ Jahre alte Ortsgruppenvereinigung „Zigarrenstöpselsammler Halle an der Saale" hielt am 6. d. M. ihre Monatssitzung im „Stadt Paris" ab, um seitens der Mitglieder Vorschläge zur Weihnachtsbeschenkung bedürftiger Waisenkinder entgegenzunehmen. Es bleiben auch in diesem Jahre die Preise für Schuhwerk, Stoffe, Kleider unerschwinglich hoch, was um so schwerer wirkt bei eine größere Anzahl Kinder, namentlich solche Kriegerkinder, berücksichtigt werden sollen. Alle Kreise sind bewegt herzlich gebeten, mitzuhelfen und Zigarrenstöpselchen, leere Zigarrenkisten, Flaschenkapseln, Flaschenkorke, Staniol, fremde Geldmünzen, alte Metallreste usw. nicht liegen zu lassen, sondern zu sammeln. Hauptsächlich finden Zigarrenstöpselchen gute Verwendung, freigemachte Pakete von außerhalb ebenfalls. Außer der Hauptsammelstelle, Herrn Magistratssekretär Hesse, Goethestraße 2 und Herrn Rentier Lehmann, Lessingstraße 38, nehmen noch diejenigen Stellen Spenden entgegen, wo diesbezügliche Plakate aushängen. Gütige Spenden wolle man dort ebenfalls oder dem Leiter der Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Große Ulrichstraße 49, übermitteln. Als Mitglieder können Damen und Herren jederzeit eintreten. Beiträge sind nicht zu zahlen.

— **Weihnachtsbescherungen.** Es gibt auch in unserer Stadt leider sehr viele Personen, die jahraus jahrein zugleich an mehreren Stellen, bei Vereinen, Kirchengemeinden und Privatpersonen um Berücksichtigung bei Weihnachtsbescherungen bitten und dann auch mehrfach überreichlich beschenkt werden, ohne daß die eine Stelle von den Leistungen der anderen Stelle irgend wenig. Es liegt auf der Hand, daß solche mehrfachen Bescherungen nicht nur den Kreis der wirklich Bedürftigen unnötigerweise einschränken, sondern auch geradezu demoralisierend für die Berücksichtigten wirken. Zur Verhütung solcher Mißstände hat der Armenpflege- und Wohltätigkeitsverband zu Halle an eine Reihe der in Betracht kommenden Vereine wieder das Ersuchen gerichtet, seiner Auskunftsstelle, Kleine Klausstraße 8 I, Zimmer 10, im Laufe des Monats Dezember, spätestens bis zum 6. Dezember, eine alphabetisch geordnete Nachweisung derjenigen Personen, denen eine Weihnachtsbescherung zugedacht ist, einzureichen. Die eingegangenen Nachweisungen sollen nach Prüfung sofort an obiger Stelle während der Dienststunden zur Einsicht für jeden Geschenkgeber — nicht also für die Bedürftigen — ausgelegt werden. Es ist zu wünschen, daß auch die zahlreichen dem Verbande nicht bekannten Vereine, Klubs, Privaten usw. von dieser Einrichtung recht regen Gebrauch machen. Es kann ihnen nur dringend empfohlen werden, mit der Aufstellung der Bescherungslisten so früh als möglich zu beginnen.

— **Ernennung.** Der Staatsanwalt a. D. Dr. Thieme in Halle, jetzt bei der Reichsfinanzverwaltung beschäftigt, ist zum Regierungsrat ernannt worden.

— **Versetzung.** Der Landgerichtsrat Rode ist von Stettin nach Halle a. S. versetzt worden.

— **Festgenommen** wurden im Monat Oktober: 81 Personen wegen schweren Diebstahls, 52 wegen einfachen Diebstahls, 11 wegen Hehlerei, 27 wegen Betrugs, 10 wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung, 2 wegen Sittlichkeitsverbrechens, 28 weibliche Personen wegen Umherstreibens, 9 steckbrieflich verfolgte Personen, 7 auf Grund von Haftbefehlen und 45 wegen Bettelns und Obdachlosigkeit. Außer anderen Straftaten wurden wegen schweren Diebstahls 114, wegen einfachen Diebstahls 271, wegen Betruges 70, wegen Unterschlagung 40 und wegen Körperverletzung 63 Anzeigen erstattet.

— **5000 Mark Belohnung.** In der Nacht zum 2. ds. Mts. sind aus einem Dampfsägewerk in Klosterlausitz 21 Treibriemen gestohlen worden. Auf der Außenseite sämtlicher Treibriemen ist die Aufschrift Prüfer u. Söhne Klosterlausitz mehrfach eingeprägt. Auf die Ermittlung der Täter sind 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

— **Ratgeber für die Studierenden der Nationalökonomie,** verfaßt von Dr. Ernst Grünfeld (Verlag, Max Niemeyer, Halle), ist soeben in 2. Auflage erschienen. Das Büchlein enthält als Anhang die Statuten und Prüfungsordnung des Seminars für Genossenschaftswesen und kann jedem Studenten der Nationalökonomie warm empfohlen werden. (Preis 1.80 Mk.)

Provinz Sachsen

Der Druck der Steuerschraube

e. Nienburg (Saale), 9. November.

Da der finanzielle Bedarf der Stadt sehr groß ist und da nur dann Aussicht auf Genehmigung des dreifachen Zuschlages zur staatlichen Grundvermögensteuer besteht, wenn alle anderen Steuerquellen erschöpft sind, beschloß der Gemeinderat die Erhebung einer Wohnungsaufwandsteuer. Für jede Person des Haushaltes wird ein Wohnraum freigelassen. Darüber hinaus wird erhoben: für zwei Wohnräume 24 Mk., für drei 120 Mark, für vier 360 Mk., für fünf 900 Mk., für sechs 1800 Mk., für sieben 3600 Mk., für acht Wohnräume 6000 Mk., und für jeden weiteren Wohnraum mehr 2400 Mk. Der Wasserzins für die Haushaltung wird von 3,75 auf 6,25 Mk. vierteljährlich erhöht. Für Landwirte, Gewerbetreibende usw. tritt ein Zuschlag von 100 bis 200 Prozent ein. Die Hundesteuer wurde auf folgende Sätze erhöht: für einen Hund 20 Mk., für einen zweiten Hund 30 Mk. und für jeden weiteren Hund 50 Mk. Für Gärten mit über 100 Quadratmeter werden 10 Mk., bei mehr als 200 Quadratmeter 20 Mk. und für jede weitere 100 Quadratmeter je 10 Mk. erhoben. Badeeinrichtungen und Wasserklosetts werden mit je 30 Mk. besteuert. Eine weitere Steuer ist auf Musikinstrumente zu entrichten, nämlich für Klavier oder Harmonium 20 Mk., für Flügel aller Art 80 Mk., außerdem in jedem Falle noch 30 Mk., wenn mechanische Spielvorrichtungen dabei vorhanden sind (Pianola, Phonola), für Grammophone u. dergl. 5 Mk. Außerdem wurde die Billettsteuer um 100 bis 200 Prozent erhöht.

*

Die vorstehenden Ausführungen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie tief wir in Deutschland durch die Revolution und den Schandvertrag von Versailles gesunken sind, und wie es mit der Freiheit, welche man uns seit nunmehr 2 Jahren gepredigt, bestellt ist. Mag der Geldbedarf der Stadt Nienburg auch noch so groß sein, so ist es doch eine Kulturschande, wenn man auf Badeeinrichtungen und Wasserklosetts eine Steuer erhebt. Diese Maßregel kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Die guten Stadtväter scheinen sich nicht bewußt zu sein, daß sie ihre Mitbürger gewissermaßen durch Erhebung einer solchen Steuer von der Hygiene abwenden und sie wieder auf den altväterlichen Dunghaufen verweisen. Auch die Besteuerung von Musikinstrumenten ist recht überflüssig. Da man ja bereits beim Einkauf eine hohe Luxussteuer zahlen muß, wird sicher durch die neue Steuer vielen Leuten, die sonst in der Musik Erholung finden, diese harmlose Freude noch gänzlich verdalzen. Die Musikpflege wird zurückgehen und die Stadt kommt doch nicht auf ihre Kosten.

Die Spaltung im Thüringer Handwerk

Erfurt, 9. November.

Gegen den Vorsitzenden des Deutschen Handwerkerbundes, Voigt-Berlin-Friedenau, waren von seiten der hiesigen Ortsgruppe des Bundes zu Erfurt eine Reihe schwerer Vorwürfe erhoben worden, die in hiesigen Handwerkerkreisen eine Bewegung auslösten, mit dem Ziele, sich vom Bunde zu trennen und einen eigenen Mitteldeutschen Handwerkerbund ins Leben zu rufen, der Sachsen-Anhalt und Thüringen umfassen soll. Um eine solche zu beruflichen Interessen des Handwerks gefährdende Spaltung zu vermeiden, und um die Vorwürfe gegen den Bundesvorsitzenden Voigt klarzustellen, war für vergangenen Sonntag eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des Thüringer Landverbandes, sowie der Vertreter der Ortsgruppen nach Arnstadt einberufen worden, zu der auch Herr Voigt erschienen war, um sich gegenüber den erhobenen Anschuldigungen zu verantworten.

Im Verlauf der sehr erregten Tagung wurden folgende Entschließungen angenommen:

„Die am Sonntag, 7. November, in Arnstadt vertretenen Handwerker aus Thüringen erklären sich mit dem Vorgehen der Erfurter Ortsgruppe solidarisch, da ihnen der Bund der Handwerker Berlin-Friedenau nicht die Gewähr bietet, daß die Interessen des Handwerks entsprechend vertreten werden. Sie begrüßen die Gründung des Mitteldeutschen Handwerkerbundes und empfehlen sämtlichen Kollegen, sich diesem Bunde anzuschließen."

Demgegenüber brachte der Bundesvorstand eine Entschließung ein, die lautete:

„Die heute in Arnstadt tagende, zahlreich besuchte Landesversammlung des Bundes der Handwerker in Thüringen legt schärfstens Verwahrung ein gegen die von bisherigen Erfurter Mitgliedern des Bundes und einzelnen Handwerkskammer-Sekretären betriebene Agitation gegen den Bund der Handwerker. Nach eingehender Aussprache weist die Versammlung die seitens der Vorgenannten gegen die Bundesleitung erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen als unwahr zurück. Die öffentlich in Versammlungen erhobenen Anschuldigungen einzelner Erfurter gegen die Kassenführung der Bundesleitung sind in ungeheuerlicher Art, daß ihre gerichtliche Klarstellung herbeigeführt werden muß. Die der Versammlung vorliegenen schriftlichen Zeugnisse der satzungsgemäß bestellten und tätigen Kassenrevisoren, aus allen Teilen des Reiches, nicht aus Berlin, beweisen unwiderleglich das Gegenteil der erhobenen Anschuldigungen. Die Versammlung verlangt darum von den thüringischen Handwerkern, daß sie die Treibereien der Gegner des Bundes der Handwerker in keiner Weise unterstützen und die Treue, die die Thüringer Handwerker seit Jahren dem Bunde bewahrt haben auch fernerhin halten, mit allen Kräften an der Stärkung des Bundes der Handwerker weiter arbeiten und etwaigen Verleumdungen nunmehr ganz energisch entgegentreten.

Gegenüber diesen beiden Entschließungen wurde geltend gemacht, daß sich die Ortsgruppenvorstände mit ihren Mitgliedern erst darüber beraten müßten. Dann aber wurde nach längerer Aussprache die Erfurter Entschließung mit 13 gegen 12 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Das Stimmenverhältnis zeigt, daß eigentlich eine absolute Majorität für die Erfurter Richtung nicht erzielt wurde. Die Erfurter Gruppe war selbst nicht stimmberechtigt, da sie nicht zum Thüringer Landesverband gehört. Damit ist die Spaltung im Thüringer Handwerk vollzogen worden, eine Tatsache, die im Interesse des Handwerks sehr zu bedauern ist. Mit der Annahme der Erfurter Entschließung fand die Tagung ihr Ende.

Wasserwirtschaftliche Pläne in Thüringen

Weimar, 9. November.

Wie aus einer vom Staatsrat für Thüringen an den Landtag gerichteten Vorlage ersichtlich ist, geht die, zunächst noch provisorische, Regierung in der Verfolgung des wasserwirtschaftlichen Ausbaues Thüringens energisch vor. Ausgezeichnete Vorarbeit hat der bereits 1906 entstandene Werra-Kanalverein geleistet, der bekanntlich den Ausbau der Werra zu einem Großschiffahrtsweg vorsieht, um Thüringen an eine schiffbare Wasserstraße anzuschließen. Die durch den Werra-Kanalverein geleisteten Vorarbeiten sind jetzt soweit gefördert, daß das Reichsverkehrsministerium sich entschlossen hat, die weiteren Vorarbeiten auf das Reich zu übernehmen unter der Bedingung, daß die Hälfte der auf 500 000 Mk. veranschlagten Kosten von den beteiligten Ländern bzw. vom Werrakanalverein getragen werden. Der Staat Preußen hat sich bereits gemäß seinem Anteil mit 60 000 Mk. beteiligt. Im Hinblick auf die außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Kanalisierungspläne für Thüringen und im Hinblick vor allem auf den gewaltigen Kraftgewinn, der sich aus dem Ausbau der geplanten Talsperren ergibt, fordert der Staatsrat vom Landtag die Bewilligung einer Beitragssumme von 200 000 Mark.

Der Staatsrat verweist daher auf die Tatsache, daß sich zur Förderung aller auf eine geregelte Wasserwirtschaft in Thüringen hinzielenden Bestrebungen sich vor kurzem der „Wasserwirtschaftliche Verband für Thüringen" gebildet hat, der u. a. zu genauen technischen Untersuchungen eine hydrologische Anstalt errichtet. Des weiteren wird es sich ermöglichen lassen, dem Verbande das bisher ausschließlich von der Carl Zeiß-Stiftung unterhaltene „Baubüro für die Saale-Talsperren" eingegliedern und den staatlichen Plänen dienstbar zu machen. Diesem Büro sollen dann vom Lande Thüringen alle Aufgaben zugewiesen werden, die in größeren Staaten amtlichen Stellen obliegen.

---

1. **Aus den Kreisen Jerichow,** 8. Nov. (Verschiedenes.) Die Verwaltung des Kreises Jerichow II hat die Absicht, die Brotpreise wie bisher zu belassen und die entstehenden Differenzbeträge aus Ueberschüssen des Kreiswirtschaftsamts zu decken. — Die Elektrisierungskommission hat die Abnehmerpreise für Lichtstrom auf 5 Mk. und für Kraftstrom auf 2,50 Mk. für die Kilowattstunde festgesetzt. — Ein Zusammenschluß der Feuerwehren des Kreises Jerichow I zu einem Kreis-Feuerwehrverband, wie er schon seit vielen Jahren im 2. Jerichowschen Kreise besteht, ist beabsichtigt. Die meisten Ortswehren haben ihren Beitritt erklärt. — Die Gemeindevertretung und der Kirchenrat in Tucheim beschlossen gemeinschaftlich die Schaffung eines Ehrenhains für die Kriegsgefallenen des Ortes auf dem Kirchplatz. Die Kosten werden durch eine Sammlung in der Gemeinde aufgebracht.

2. **Worbis,** 8. Nov. (Millionenetat eines ländlichen Kreises.) Im Kreistage wurde eine Erhöhung der Beteiligung an der Ueberlandzentrale „Südharz" beschlossen. Es wurde auch für Uebernahme einer Zinsgarantie von 2 Millionen Mark gestimmt. Bei Festsetzung der Gehälter wurde dem Leiter des Kreis-Arbeitsnachweises persönliche Beamteneigenschaft zuerkannt. Die Festsetzung des Kreishaushalts-Voranschlags für 1920/21 leitete der Vorsitzende mit der Bemerkung ein, daß der Etat deshalb so spät erschienen sei, weil bis jetzt auch nicht einmal ungefähr feststehe, ob und wieviel die Kreise vom Staate zu erwarten hätten. Der Voranschlag balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1 193 000 Mk. gegen 415 000 Mk. im Vorjahre. Bei den Einnahmen verdienen besonderer Erwähnung 116 222 Mk. aus Chiffverkäufen und 50 000 Mk. aus Ueberschüssen der Kreissparkasse. Der Voranschlag für die Kreissteuern beträgt 886 300 Mark gegen 162 760 Mk. im Vorjahre. Von den Gemeinden werden zur Deckung dieser Summen 205 Prozent als Kreissteuer aufgebracht werden müssen. Die Abgaben an die Provinz sollen sich auf 211 000 Mk. belaufen. Die Armenpflege verlangt 85 000 Mark gegen 27 500 Mk. im Vorjahre, die Wohlfahrtspflege 66 250 Mk. gegen 29 050 Mk. Für Kreisstraßenbau sind 466 135 Mark eingesetzt. Der Einlagenbestand der Kreissparkasse beträgt rund 20 Millionen Mark. Ihr Reingewinn betrug im letzten Jahre 140 000 Mk. Für Säuglingsfürsorge wurden schließlich noch 2000 Mk. und für Jugendpflege 1500 Mk. bewilligt. Ermähnung verdient noch die Feststellung, daß der Kartoffelbedarf des Kreises voll gedeckt ist, ja sogar dem Kreise Nordhausen eine erhebliche Menge geliefert werden konnte.

r. **Gera** (R.), 9. Nov. (Besteuerung des Wohnungsluxus.) Das hier eingeführte Ortsgesetz über die Besteuerung des Wohnungsluxus baut sich auf folgender Grundlage auf: Ueberseigt die Zahl der Zimmer der Wohnung die der bewohnenden Personen um mehr als eines, so sind folgende Steuersätze für das Jahr vorgesehen: Für das erste nächstfolgende Zimmer 40 Mk., für zwei 100 Mark, für drei 800 Mark, für vier 600 Mark, für fünf 1200 Mark, für sechs 2400 Mark und für jeden weiteren Wohnraum 1200 Mark. Küche, Bad, Gang oder gewerblichen Zwecken dienende Räume rechnen nicht als Wohnraum, auch nicht solche Räume, die kein ins Freie führendes Fenster haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011101-16/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil

Wagenmangel in der Kaliindustrie

Folgende Anfrage ist an die Reichsregierung gerichtet: „Die Kali-Industrie befindet sich in einer schweren Absatzkrise. Dabei ist die Gestellung von Eisenbahnwagen so mangelhaft, daß nicht einmal die geringen Aufträge zum Versand gelangen können. G-Wagen werden wegen der Kartoffeltransporte fast überhaupt nicht gestellt und in O-Wagen darf nur nach dem Ruhrgebiet und den Binnenhäfen verladen werden. Der Wagenpark soll auf dem Papier gegenwärtig größer sein als zu Friedenszeiten. Dem Vernehmen nach liegt der Hauptgrund für den Wagenmangel darin, daß die mit Kohlen beladenen Wagen, welche nach Frankreich und Polen gehen, von dort nicht fristgemäß zurückkommen. Bei längerem Anhalten eines derartigen Wagenmangels würden Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen, welche schon jetzt wegen der Absatzstockung kaum vermeidbar erscheinen, sicher eintreten. Ist der Herr Verkehrsminister bereit, diesem außerordentlichen Notstande abzuhelfen, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen? Ich bitte um baldigen schriftlichen Bescheid."

Aktiengesellschaften

* **Muldental-Werke A.-G.** (Drahtbericht.) Unter dieser Firma ist in Freiberg i. S. ein neues Unternehmen mit einem Stammkapital von 5 Millionen Mark gegründet worden. Das Werk dient der Herstellung von Papier und Pappe.

Maschinenfabrik Kappel A.-G. in Chemnitz. Der Reingewinn beträgt 2,03 Mill. Mk. Darauf werden 30 (6) Proz. Dividende ausgeschüttet und 1,90 Mill. Mk. einschl. der Spesen zur Bezahlung der jungen Aktien bei der der Verwaltung vorgeschlagenen Erhöhung des Grundkapitals von 1,80 Mk. auf 3,60 Mill Mk. zurückgestellt. Die jungen Aktien werden also franko Valuta angeboten.

* **Trocken- und Futterwerke A.-G. in Taucha bei Leipzig.** Die Generalversammlung genehmigte die Ausschüttung von 10 Proz. Dividende und beschloß unter Abänderung der Tagesordnung die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 M. auf 1,2 Mill. M. Die über den ursprünglichen Antrag hinausgehende Kapitalsvermehrung macht sich, wie der Vorsitzende bemerkte, notwendig, weil außer dem Bau einer Flachsröstereei eine eigene Kraftstation errichtet werden soll. Die Kosten für den gesamten Erweiterungsbau sind auf 1 Mill. M. veranschlagt. Zu deren Deckung dient einmal die beschlossene Kapitalserhöhung, anderseits die Aufnahme einer weiteren Hypothek. Die neuen Aktien werden den Aktionären zum Kurse von 125 Proz. im Verhältnis 2 zu 1 angeboten. Der bisherige Aufsichtsrat wurde erneut in sein Amt berufen und dieser durch Zuwahl von Direktor Richard Lanker-Taucha und Kaufmann Emil Enge in Merchow bei Colau ergänzt. Auf Anfrage über die Aussichten teilte die Verwaltung mit, daß das Trockenwerk gut beschäftigt ist und mit angemessenem Nutzen arbeite. Die neueingerichtete Flachsröstereei werde von fachmännischer Seite günstig beurteilt. Der in diesem neuen Zweig vorgesehene Umsatz von 2 Mill. M. verspreche einen guten Nutzen.

Waren- und Marktberichte

Vom Fettmarkt. Butter: Die Allieferungen sind gering und infolge der Uebergangszeit von schlechter Beschaffenheit. Die von der Fettstelle als Karien gelieferte Butter ist gelagerte Sommerware von geringer Qualität. Margarine: Die Behörden haben die Einfuhr eines begrenzten Quantums von Rohöfen freigegeben, und es sind die ersten Ladungen bei den Fabriken eingetroffen. Die Nachfrage kann zurzeit bei weitem nicht befriedigt werden. Schmalz: Die amerikanischen Packer haben ihre Forderungen etwas ermäßigt. Dieser Rückgang wurde jedoch durch das Steigen der Devisen mehr als ausgeglichen, so daß die hiesigen Verkaufspreise sich höher stellten. Die heutigen Notierungen sind für raffiniertes und Berliner Bratenschmalz Tierces 21,50 M., Firkins 22 M.

Vom Häutemarkte. Nach den Hausse-Erscheinungen der letzten Woche ist auf dem Häutemarkte nunmehr eine gewisse Entspannung eingetreten. Rindhäute gaben ungefähr 10 Proz. nach, Kalbfelle lagen ebenfalls ruhiger, dagegen war bei Roßhäuten der Preisabschlag nicht ganz so groß. Daß auf die übertriebenen Preissteigerungen besonders der beiden letzten Monate ein Rückschlag folgen mußte, war mit Sicherheit zu erwarten, zumal da selbst die höchsten bisher zu erzielenden Lederpreise gegenüber den letzten Häuteforderungen immer noch ein verlustreiches Arbeiten für die Lederfabrikanten bedeuteten. Die Gerber halten sich gegenwärtig mit dem Einkauf, wie leicht zu verstehen, sehr zurück und erwarten eine Klärung der Lage vom Ergebnis der nächstwöchigen Berliner, Stuttgarter und Münchener Versteigerungen. Erst nach dem Ausfall dieser Auktionen wird man sagen können, ob der ermäßigte Preisabbau wirklich einsetzt. Was die Einfuhr ausländischer Häute betrifft, so leidet der neue Einkauf sehr unter den unleidlichen Valutaverhältnissen. Es ist möglich, daß durch eine etwaige Einführung des Devisenterminhandels auch in diesem Geschäft mehr Ruhe und Sicherheit hineingetragen würde.

Handel, Industrie, Handwerk

Verschmelzung in der Beleuchtungskörper-Branche. Die außerordentliche Aktionär-Versammlung der K. M. Seifert u. Co., Akt.-Ges., in Dresden stimmte mit 1854 gegen 126 Stimmen der Verschmelzung mit der R. Frister-Akt.-Ges. in Berlin-Oberschöneweide zu.

Ziegelpreise. Die Mitteilung über die Preisherabsetzung des Sächs.-Thür. Ziegelverkaufsvereins in Gera ist dahin zu ergänzen, daß sich der um 10 Prozent ermäßigte Preis ab Werk, d. h. ohne Anfuhr- und Verladekosten, versteht. Die Geraer Ziegeleien haben das in der Preissenkung liegende Opfer gebracht, nachdem von behördlicher Seite die baldige Ausführung einiger Bauplätze in Aussicht gestellt wurde. Es wäre falsch, aus dem Vorgange in Gera den Schluß zu ziehen, daß nun auch anderwärts ein Abbau des Ziegelpreises gefordert werden könne.

Die Frage eines Zündholzmonopols. Durch das Zündwarensteuergesetz vom 10. September 1920 war die Einführung eines Herstellungsmonopols für Zündwaren angekündigt worden, indem § 1 bestimmte, daß eine Verbrauchsabgabe auf Zündwaren erhoben wird bis zum Inkrafttreten des Monopols, wofür als äußerster Termin der 31. März 1921 angegeben ist. Die Monopolfrage wird gegenwärtig, wie wir erfahren, von den zuständigen Stellen nach steuer- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten geprüft, doch ist über Form und Durchführung des Zündholzmonopols eine Entscheidung noch nicht gefallen.

* **Aus Handelsregistern.** Altenburg. Neueingetragen wurde die Firma Mitteldeutsche Landwirtschaftszentrale M. Pabst u. Co., Kommanditgesellschaft. — Gera. Neueingetragen wurde die Kurt Hätzner Werkzeugmaschinenfabrik in Gera, sowie die Firma Georg Schrockenbach in Gera-Untermhaus. Letztere betreibt den Handel mit elektrotechnischen Artikeln und Maschinen und Werkzeugen. — Halberstadt. Das Stammkapital der vor kurzem gegründeten Halberstadt-Oschersleber Häutevertretung G. m. b. H. beträgt 30 000 M.

* Mitteldeutsche Teerverwertungs-G. m. b. H. Berlin. Die mit 100 000 M. kürzlich gegründete Gesellschaft hat zum Gegenstand den Erwerb und die Verwertung der Patente und Verfahren des Gesellschafters Prof. Dr Erdmann für die Verarbeitung von Braunkohlenteer sowie die Herstellung und den Handel von Produkten aus diesem.

Börsenberichte

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg an Station.

	9. November	8 November
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—319	290—310
kleine	220—255	220—255
Futtererbsen	180—205	180—205
Linsen	400—500	400—500
Peluschken	180—192	180—190
Ackerbohnen	185—205	185—198
Wicken	165—182	160—180
Lupinen, blaue	80—90	80—90
„ gelbe	100—120	100—118
Seradella, alte	78—85	71—85
„ neue	105—120	100—120
Vicia villosa	—	—
Raps	515—520	510—512
Rübsen	—	—
Leinsaat	410—450	410—450
Mohn	700—750	650—750
Senfsaat	230—300	230—290
Hirse, inländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	82—86	80—86
Torfmelasse	68—70	70—71
Häckselmelasse	—	—
Haferspreuelen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	34—37	33—36
Kleeheu	42—46	40—44
Stroh, drahtgepreßt	26—27	26—27
„ gebündelt	24—25	24—25
Mais, loko ab Hamburg	209	—
„ per	—	—0—207
Kartoffeln, unsortiert	—	—
„ sortiert	—	—
Runkelrüben	8½—8½	8½—9½
Möhren, rote	16—18	15½—17
„ gelbe und weiße	15—16	14½—15

Reis, frei Kaiwaggon Hamburg, per 1 kg —,—.
Reis, Brasil-Vollreis per loko 1 kg 0,00—0,00 per 1 kg —,—.
Burmareis 14 tätig 00,00—10,75, frei Kaiwaggon Hamburg —,—.

Devisen-Notierungen Berlin. 9. November:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	257,40	257,60	New-York	87,66	87,84
Brüss.-Antwerp.	519,45	530,55	Paris	497,50	488,50
Christiania	1128,85	1131,15	Schweiz	1321,15	1322,85
Kopenhagen	1128,85	1131,15	Spanien	1061,40	1063,64
Stockholm	1598,40	1604,05	Wien (altes	—,—	—,—
Helsingfors	185,80	186,20	Oesterr. abgest.	23,72	23,78
Italien	290,20	292,80	Prag	88,02½	88,22½
London	290,20	292,80	Budapest	16,10½	16,14½

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 9. November.

Chemnitzer Bankverein	195,—	Riebeckbier	245,—
		do. Vorzugsaktien	125,—
Leipziger Hypotheken-Bank	153,50	Leipziger Malzfabrik	155,—
		Glauziger Zuckerfbr.	—,—
Mitteldeutsche Privatbank	185,—	Hallesche Zuckerraff.	382,75
		Körbisdorfer Zukerf.	—,—
Mansfelder Kuxe	4725,—	Rositzer Zuckerfabr.	341,50
Oelsnitzer Kuxe	975,—	Cröllwitzer Papierf.	300,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	151,—	Portland-Zement	154,50
		Rudelsburger Zementfabrik	149,—
Zimmermann, Halle	177,—	Sachsenwerk	400,—
Pittler, Leipzig	457,—	Huzo Schneider, Paunsdorf	840,—
Sondermann & Stier	265,—	Prehlitzer Stamm-A.	1500,—
Zimmermann, Chemnitz	233,—	„ Prioritäts-Akt.	2000,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	488,—	„ „	—,—
Stöhr & Co.	574,75		

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	1240.
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	73,60	Deutsche Erdöl	—,—
5% Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Gasglühl.	—,—
4 „ „	66,30	Deutsche Kali	487,—
3½ „ „	18,40	Deutsche Waff. u. Mun	475,25
3 „ „	67,—	Donnersmarkhütte	488,—
4 Preuss. Konsols	60,25	Döring u. Lehrmann	2,1.—
3½ „ „	21,60	Dürkoppwerke	—,—
3 „ „	49,80	Elberfelder Farben	471,—
4 Charl. Stadtanl. 09/06	91,50	Engelhard Brauerei	—,—
4 Magdeb Stadtanl. 01/06	—,—	Felten u. Guilleaume	471,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	101,50	Gasmotoren Deutz	206,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	88,60	Gebhardt u. Co.	7.1.—
3 „ „	—,—	Gebhardt u. König	239,75
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	97,60	Geisenkirch. Bergb.	385,—
4 Preuss. Hypot. Bank Pfandbriefe 1911	96,50	Glanzstoff Zuckerfbr.	638,—
4% Dessauer Gas-Oblig	—,—	Hallesche Masch.-Fabr	738,—
4 „ „	—,—	Hann. Masch.	54,5.—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	467,—
4 Oesterr. Kron. Rente	21,50	Hasper Eisen	730,—
4 Ungar. Gold-Rente	19,—	Hirsch Kupfer	440,—
4 Ungar. Kronen Rente	24,—	Höchster Farbw.	436,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	710,—
Halberstadt-Blankenb.	77,75	Hohenlohe-Werke	261,—
Halle-Hettstedter	69,75	Humboldt-Masch.	250,—
Schantungbahn	119,50	Ilse-Bergbau	430,25
Allg. Lokal-Str	118,50	Kahla-Porzellan	258,—
Gr. Berl. Str.	—,—	Kalkw. Aschersleben	404,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Körbisd. Zucker-Akt.	459,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	540,—	Kyffhäuserhütte	360,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	290,—
Hambg. Paketfahrt	195,—	Lauchhammer	56,2.—
Hambg.-Südamerika	520,—	Laurahütte	382,—
Hansa-Dampfschiff	230,—	Lingel Erfurt	—,—
Nordd. Lloyd	190,—	Linke u. Hofmann	500,—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	404,50
Bank für Thür.	—,—	Lothringer Hütte	435,—
Berl. Handelsges.	229,75	Mannesmannröhren	508,50
Comm u. Diskontobank	193,—	Maschinenfabr. Buckau	425,—
Darmstädter Bank	180,—	Oberschl. Eisenb. Bed.	3 2.—
Dess. Landesbank	151,—	do. Caro Heg.	329,—
Deutsche Bank	328,—	do. Kokswerke	513,—
Diskonto-Comm.	247,—	Orenstein u. Koppel	475,—
Dresdner Bank	219,75	Phönix-Bergb.	599,—
Credit-Anst. f. Handel	182,—	Rhein. Metall-Verz.	327,—
Mitteld. Kredit ank	177,—	Rhein Stahlwerke	17 25
„ Privat-Bank	185,—	Riebeck. Montan	694,—
Nationalbank	192,—	Rombacher Hütten	385,—
Oesterr. Kredit	78,50	Rositzer Brannk.	407,—
Reichsbank	150,—	Rositzer Zucker	340,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	675,—
Schultheiss-Brauerei	327,—	Burgo Schneider u. Co.	345,—
Akt. f. Anilin	425,—	Schuckert u. Co.	230,75
Allgem. Elektr.-Ges.	334,75	Siemens u. Halske	376,—
Ammendorfer Papierf.	820,—	Stettiner Chamotte	46,.—
Anhalter Kohlenw.	340,—	Stettiner Vulkan	2.5 75
Annaburger Steingut	130,—	Stollberger Zink.	421,50
Badische Anilin	550,—	Strals. Spielkarten	455,—
Bremen.-Flekt.-Akt.	275,10	Tarn. Bergbau A.-G	—,—
Ber Masch. Bau	379,75	Thale-Eisenhütte	1230.
1 marckhütte	627,—	Triptis-Akt.-Ges.	339,—
Buchner Gustahl	325,—	Türkische Tabakregie	—,—
Chem. Fabrik Buckau	434,75	Ver. Köln-Rottweiler	418,—
Chem. Grieshein	261,—	Glanzstoff Elberf.	710,—
Chem. v. Heyden	159,75	Wegelin u. Hübner	305,—
Consolidation Schalke	75,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Cröllwitzer Papierfabr	295,—	Westeregeln-Alkali	985,—
Daimler-Motoren	247,½	Wittener Gußstahl	1021,
Deutsch-Luxemburg	460,—	Wrede-Mälzerei	185,50
		Zeitzer Masch.	617,—
		Zellstoff Waldhof	465,—
		Otavi-Minen	274,—

Tendenz: fest.

— Infolge der „Revolutionsfeier" in Berlin sind wir gezwungen, den kleinen Kurs zu bringen, da die Notenmittelung des großen Kurses nicht stattfinden konnte.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 9. November. Die Börse wirkte der bisherige ruhige Verlauf der Revolutionsfeier und die Aussicht auf baldige Beilegung des gegenwärtigen Streiks auf die Unternehmungslust anregend, während anderseits die neuerliche beträchtliche Verschlechterung der Devisen falls Käufe veranlaßte. Indessen stellten sich die von der Spekulation bevorzugten Werte fast durchweg höher, und gingen teilweise per um 80 Prozent, Hoesch um 15, Laurahütte um 20 usw. Um mehr als 100 Prozent stiegen Thaler Eisenbahnbedarf, Mexikaner schwächten sich heute etwas ab weil die gestrige Aufwärtsbewegung für übertrieben gehalten wurde. Im Schiffahrtsaktienmarkt setzte sich die Steigerung der Hamburg-Amerika-Dampfschiffahrts-Aktien kräftig fort und Hamburg-Paketfahrt sowie Norddeutscher Lloyd schlossen sich in gleichem Grade an. Petroleumaktien behaupteten unter Schwankungen ungefähr ihren gestrigen Stand. Im Verkehr wurde wahrnehmender Geschäftstätigkeit die Kursbewegung etwas stärker, im allgemeinen aber blieben die erzielten Gewinne bestehen. Am Anlagemarkt trat keine besondere Veränderung ein. Etwas höher stellten sich Kanoda-Aktien, weil man den Kurs zurückgeblieben ansah.

* **Ruhetage an der Leipziger Börse.** (Drahtbericht.) Vorgehen der Berliner und Frankfurter Börse nach wird die Leipziger Börse jeden Mittwoch bis Ende dieses Jahres geschlossen.

Produktenbericht. Berlin, 9. November. Die Schwankungen am Devisenmarkt machte die Verkäufer in meisten Bodenprodukten zurückhaltend. Für Roggen hielt sich auch wenig Kauflust, dagegen bei den Futtermitteln, wie Ackerbohnen, Peluschken und Wicken begehrt, doch wurden hohe Anforderungen auf das Geschäft einschränkend. Im Handel und Serradella wurde wenig umgesetzt. Raps wurde höher bezahlt, auch Mais und Rauhfutter waren fest. Weiter folgen:

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 9. November. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	2275/2300	Orig.-Hütten-Aluminium	
		draht od. Drahtwarenqualität	
Orig.-Hütten-Weichblei	920/940	Zinn (Banca-Straits-Blöcke)	
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	975/985	Hüttenzinnmind. 99%	
Remelted-Platten-Zink	640/650	Reinnickel (98-99%)	
Orig.-Hütten-Aluminium, 98-99% in gekerbten Blöcken	3950/4100	Antimon (Regulus)	
		Silber in Barren, ca. 500 fein für 1 kg	
		Elektrolytkupfer	

Vom Büchertisch

— **Morkusko.** Ein romantischer Sang vom Spreewald. Ewald Müller, Verlagsbuchhandlung Fr. Zillessen (Heinrich Beenken) Berlin C. 19, Wallstr. 17—18. 2 Bl. Der Spreewald mit seiner Eigenart: an Land und Leuten, Ewald Müller seit Jahren einen eifrigen Forscher und geisteren Sänger gefunden, wovon nicht nur sein wissenschaftliches Werk „Das Wendentum in der Niederlausitz", gute in Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte Studien, Erzählungen und Gedichte, sondern auch sein in den Sommern 1918 und 1919 auf dem Naturtheater zu Burg mit großem Erfolg aufgeführtes Spreewälder Heimatspiel „Der heimliche Bräutigam" beredtes Zeugnis ablegen. Einen bleibenden Wert unter den über den Spreewald erschienenen poetischen Schöpfungen sichert seine in 2. Auflage vorliegende epische Dichtung „Morkusko" ein. Die alte Mär vom letzten Wendenkönige sowie die von den Nixen des Spreewaldes hat der Dichter als Stoff einer interessanten und spannenden Handlung verwoben. Der Held der Mär ist Morkusko, ein wendischer Ritter und Sänger am Hofe Wendenkönigs auf dem Burger Schloßberge. Seine Begleitung zu der vom Dichter wunderbar zart gezeichneten Trubeata, der hartherzigen Könige und zu der Lebensnixe gestalten sich ferner sein Vertrauen auf die Nixen und sein ergeben tiefes Ende fesseln und rühren ungemein. Dazu tritt eine meisterhafte Schilderung der landschaftlichen Schönheiten des Spreewaldes und der alten Sitten und Gebräuche seiner Bewohner. Sie verleihen die stimmungsvollen lyrischen Stellen und die eingestreuten, zum Teil aus dem Wendischen übertragenen Stellen der Dichtung eine angenehme und geruhsteische Abwechslung. Das prächtig ausgestattete, mit einer Spreewaldlandschaft geziertes Buch, das sich zu Geschenkzwecken vortrefflich eignet, allen Freunden des Spreewaldes und romantischer Dichtung überhaupt warm empfohlen.

— **In der Verlagsbuchhandlung von Philipp Reclam in Leipzig** (Reclams Universalbibliothek) sind folgende Hefte neu erschienen: Nr. 6134. Kapitalertragsteuergesetz vom 29. März 1920 und Landessteuergesetz vom 30. März 1920 für das Deutsche Reich. Textausgabe mit kurzen Anmerkungen und ausführlichem Sachregister. Herausgegeben von Pannier, Landgerichtspräsident. (72 S.) Geh. 1,50 M., in Bibliotheksband 3 M. — Nr. 6136. Kriegskalender 1918. Zweites vom 1. Januar bis 18. Juli 1918. Eine übersichtliche Zusammenstellung der gleichzeitigen Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Bearbeitet von Generalleutnant z. D. Metzler. (72 S.) — Nr. 6137. Kriegskalender 1918. Drittes vom 19. Juli bis 11. November 1918 (Schlußzeit). Eine übersichtliche Zusammenstellung der gleichzeitigen Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen. Bearbeitet von Generalleutnant z. D. Metzler (60 S.). Jeder Teil geh. 1,50 M., in Pappband 2,50 M. — Nr. 6139/6140. G. W. F. Hegel, Die Verfassung Deutschlands. Mit einer Einführung und Anmerkungen von Dr. Herm. Heller (Bücher für staatsbürgerliche Bildung. Herausgegeben von Richard Schmidt, Professor des Staatsrechts an der Universität Leipzig.) (164 S.) Geh. 8 Mk., in Pappband 4 Mk. — Nr. 6141. Wilhelm Hochgrave, Im Jagdrevier. Heimatliche Naturtagebücher. (76 S.) Geh. 1,50 Mk., in Pappband 2,50 Mk. — Nr. 6143. Wilhelm Schmidbleuna, Hinter den sieben Bergen. Erzählung. Mit dem Bildnis des Verfassers. (78 S.) Geh. 1,50 M., in Pappband 2,50 M. — Nr. 6148. Theodor Storm, Eine Feierstunde. Novelle. Herausgegeben von Dr. Walther Hermann. (76 S.) Geh. 1,50 M., in Pappband 2,50 M. Ein Bekenntnis für die Geschichte des Arztes, der seine unheilbar erkrankte Frau aus tiefster Liebe auf ihre Bitte tötet und später erfährt, daß der Weg der Heilung gefunden ist. Storm, der von ärztlicher Seite geradezu als Spezialist für medizinische Stoffe angesprochen worden ist, hat hier mit feinstem Verständnis sich in den Beruf des Arztes hineingefühlt.

— **Paul Rohrbach, „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg".** 2,50 M. Verlag J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart. Eine schlagende Form des Beweises, die eigentlichen Schuldigen zu suchen sind, läßt sich nicht bestreiten, denn der Verfasser führt einfach die Worte unserer Feinde an, zitiert urkundlich belegte Stimmen aus den Archiven der Gegner und so ergibt sich ein lückenloses Bild, bei dem man nur an den Kopf greift, wie es möglich sein kann, daß es noch Deutsche gibt, die nichts Besseres zu tun wissen, als das Erbe des Rest zu bekämpfen. Die Broschüre wird jedem die Augen öffnen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlungen Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter Heinrich Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Heinrich Böttcher; für politische Rundschau: Hans Messelschmidt; für Gesellschaftliches, Bewegung u. Sport: Hans Geitner; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Geitner.
Anzeigenleiter: Paul Kerber, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Druck- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192011101-16/fragment/page=0004